

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Gründungszeit: Tageblatt Riesa,
Juni 1848.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts,
des Kantonsamts Riesa, des Finanzamts Riesa und des Landratsamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1530
Circuloffiz Riesa Nr. 52.

Nr. 178.

Mittwoch, 28. Juli 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 8 mm hohe Grundschreibzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; jeztraubender und tabellarischer Satz 50%. Aufsätze, feste Tarife, Bemerkungen über die Abrechnung, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtigkeitsunterstützungsbetrag: 100 Gold-Pfennige. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Die Wahrheit.

Wenn ein Angehöriger eines ehemals feindlichen Staates in Deutschland über die Kriegsschuldfrage spricht, so hat das eine besondere Bedeutung; es ist ein Zeichen dafür, daß die Weltmeinung über die Frage der Kriegsschuld zwar langsam, aber doch mit unerschütterlicher Sicherheit zur Erkenntnis der Wahrheit kommt. Vorgestern sprach der amerikanische Botschafter Barnes vor einem deutschen Forum gegen die Kriegsschuldfrage. Professor Barnes ist in seinem Lande nicht unbekannt, seit Beginn des Krieges hat er sich frei von Parteipartisanen und nur besetzt vom Willen zur Wahrheit dafür eingesetzt, daß die Schuld am Ausbruch des Weltkrieges nicht Deutschland allein zuzurechnen sei. Die Stimmen im Ausland, die den Ruf haben, die Wahrheit zu sprechen, sind selten, umso mehr ist das Verdienst eines Mannes anzuerkennen, der sich — entgegen der Meinung seines eigenen Landes für die Unschuld Deutschlands am Weltkrieg einsetzt.

Das, was Professor Barnes zur Kriegsschuldfrage sagte, brachte nichts, was man in Deutschland nicht schon gewußt hätte. Aber vielleicht finden seine Worte vor der Weltöffentlichkeit ein größeres Echo, als der zweifelhafte Kampf, den Deutschland seit Jahren kämpft, um sich von dem furchtbaren Vorwurf, den Ausbruch des entsetzlichen aller Kriege verschuldet zu haben, reinzuwaschen. Die letzten Jahre vor dem Krieg hatten zweifellos eine Atmosphäre geschaffen, die reich an Konfliktstoffen war. Deutschland aber hat niemals etwas getan, um die litente Krise, in der das Europa der Vorkriegszeit schwebte, zum offenen Ausbruch kommen zu lassen. Professor Barnes wies überzeugend nach, daß nur die politische Lethargie von Bismarck und Bülow in den Jahren von 1912-1914 den Krieg bereitet hat, auf dem die furchtbare Saat des Weltkrieges aufgehen sollte. England und Frankreich haben nur auf den Augenblick gewartet, um dem sie den Krieg entfesseln konnten; der Nord von Serbien gab ihnen eine willkommene Gelegenheit, die sie struppellos für ihre Kriegspläne ausnutzten. Professor Barnes ging dann im Laufe seines Vortrages auf die Einzelereignisse und auf die Haltung der einzelnen Länder gegenüber Deutschland ein. Er kam zu dem Schluß, daß Deutschland auf jeden Fall von dem Vorwurf freizusprechen sei, daß es den Ausbruch des Krieges verschuldet habe. Das Verdienst des amerikanischen Professors wird dadurch nicht gemindert, daß er im Grunde nichts Neues zu der Beurteilung der Kriegsschuldfrage brachte. Seit Jahren ist in Deutschland mit unendlicher Mühe ein ungeheures Material zusammengetragen worden, das die Ereignisse vor dem Krieg bis ins kleinste Detail beleuchtet. Aus diesem Material geht nichts hervor, was Deutschland mittelbar oder unmittelbar mit der Schuld am Krieg belastet. Der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage trägt sich nicht nur auf deutsche Beugnisse, sondern auch auf ausländische, obwohl die ehemals feindlichen Länder sich haben, ihre Archive so zu öffnen, wie es Deutschland getan hat. Es scheint, als ob das Ausland sich beide Augen zugehalten, um die Wahrheit nicht zu sehen; man stellt sich blind, da man die Erkenntnis fürchtet, daß Deutschland nicht nur pro domo, sondern für die Wahrheit kämpft.

Die Rede Professor Barnes in Berlin ist sicher ein erfreuliches Symptom. Aber auf keinen Fall darf man annehmen, daß er etwa für Amerika spricht. Ebenso wie die anderen ehemals feindlichen Länder mag auch das offizielle Amerika nicht an jenem Paragrafen des Versailles Vertrages zu rütteln, der Deutschland mit der Alleinverantwortung am Krieg belastet. Allerdings würde, wenn man diesen Eckstein aus dem Versailler Vertrag entfernen würde, der ganze Vertrag, der auf diesen Paragrafen aufgebaut ist, in sich zusammenbrechen. Das ist der einzige Grund, weshalb auch die Länder, an deren Verhandlungswilligen gegenüber Deutschland nicht zu zweifeln ist, wie z. B. Amerika, noch immer nicht wegen einer Revision dieses Paragrafen vorschlagen, weil sie fürchten, daß das ganze Reparationsproblem neu aufgerollt werden müßte, nachdem es mit soviel Mühe ausgerollt worden ist. Bei dem deutschen Kampf gegen die Kriegsschuldfrage geht es aber gar nicht so sehr um das Reparationsproblem, wie um die moralische Entlastung von der Kriegsschuld. Wir zweifeln nicht daran, daß, auch wenn das ehemals feindliche Ausland die Schuldlosigkeit Deutschlands am Kriegsausbruch anerkennen würde, das Reparationsproblem nicht davon berührt wird. Keine Macht der Welt wird uns die Reparationslast von den Schultern nehmen, nicht etwa weil wir vor den Augen der Welt immer noch den Kriegsausbruch verursacht haben sollen, sondern nur deswegen, weil wir den Krieg verloren haben. Deshalb mag auch die deutsche Regierung nicht die Frage der Kriegsschuld öffentlich ansprechen. Der Weg also, den Deutschland noch zu gehen hat, um die Welt von seiner Unschuld zu überzeugen, ist lang und mühselig. Darüber können und auch solche Lichtblicke, wie sie der Vortrag von Professor Barnes in Berlin gab, nicht hinwegtäuschen.

Die französische Regierungserklärung.

Paris, 27. Juli. Die Regierungserklärung, die Ministerpräsident Poincaré heute nachmittag in der Kammer und Justizminister Barthou im Senat vorlesen haben, lautet wie folgt:

Das Kabinett ist im Geiste nationaler Verbündung gelistet worden, um der Gefahr, die gleichzeitig unsere Unabhängigkeit, die Freiheit unseres Schatzamtes und das Gleichgewicht unserer Finanzen bedroht, begegnen zu können. Jeder der Männer, die sich einmütig zusammenschlossen haben, um an diesem Werke des öffentlichen Wohls zu arbeiten, ist der Ansicht gewesen, daß er die Pflicht hat, in diesem Augenblick diesem Werke all seine Gedanken und seine Kräfte zu widmen. Später werden andere Fragen auftreten, über die diese Männer verschiedener Ansicht sein werden. Heute jedoch sind sie vollkommen einer Meinung über die dringliche Notwendigkeit der Finanzsanierung und über die dabei anzuwendenden Mittel.

Nach aufmerksamer und gewissenhafter Prüfung der Lage haben wir die feste Überzeugung gewonnen, daß es unmöglich ist, schnell den Stand der französischen Finanzen zu heben und den Kurs des Frankens zu heben. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine sofortige und entschlossene Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament unabdingbar notwendig. Deshalb bringt die Regierung einen Gesetzentwurf zur Erleichterung von den Ausgaben entsprechenden Einnahmequellen ein.

Um jede neue Inflationsschere zu vermeiden, wird die Regierung die Bewilligung dieser unerlässlichen Maßnahmen beantragen unter Beobachtung des Kassamittelgrundgesetzes. Wenn auch entsprechend den Aussagen der Sachverständigen die Regierung gezwungen ist, unverzüglich zu diesem Zwecke gewisse indirekte Steuern zu erhöhen, so wird sie doch gleichzeitig durch direkte Bekämpfung des erworbenen Vermögens für die gerechte Verteilung der Lasten sorgen.

Ein Teil des Extraertrags wird jährlich zur Spelung einer Amortisationskasse für die Bonds der nationalen Vertriebskasse dienen. Außerdem müssen Maßnahmen getroffen werden, um das Vertrauen aufrechtzuerhalten und es der Regierung zu ermöglichen, künftig alle Verpflichtungen des Staates einzulösen, die Produktion im Mutterlande und in den Kolonien zu fördern und die Lebenskraft des Landes zu heben. Wir behaupten nicht, in einigen Wochen oder auch nur in einigen Monaten die gesamten Wirtschaft- und Finanzprobleme lösen zu können, die der beinahe überall in der Welt herrschende Notstand vor uns hat entstehen lassen. Die Dauerfrage ist aber ohne Zweifel, das Dringliche ohne Umstände und ohne Hintertände in Angriff zu nehmen. Ebenso wie wir selbst haben die Gläubigerstaaten Frankreichs, die Frankreich sehr entschlossen ist, im Rahmen seiner Möglichkeiten zu bezahlen, ein Interesse daran, daß wir vor allem die Währungsfrage beheben, die auf vielfache Ursachen zurückzuführen ist, die jedoch sehr wohl bekämpfbar sind und deren gefährliche Auswirkungen vermieden werden können. Frankreich hat ernsthafte und schmerzlichere Stunden als diese erlebt. Es hat sich seiner Zeit durch Entschlossenheit und Energie gerettet. Auch heute sind diese die Bedingungen des Sieges.

Die Regierungserklärung schließt mit den Worten: Keine Herren! Geht mit uns in die schwere Aufgabe für die Republik und das Vaterland.

Vertrauen für Poincaré.

Paris, 27. Juli. In der Abstimmung der französischen Kammer wurde der Antrag der Regierung, die Interpellationsdebatte zu vertagen, worüber die Regierung die Vertrauensfrage stellt, mit 398 gegen 101 Stimmen angenommen. Ferner wurde der Antrag der Regierung, die Erklärung der außerordentlichen Dringlichkeit für die Finanzgesetze zu bewilligen, mit 418 gegen 31 Stimmen angenommen. Darauf vertagte sich die Kammer auf Freitag nachmittag.

Fürsorge für die ausgeheierten Erwerbslosen.

Berlin. Bei den Besprechungen, die am 23. und 24. Juli im Reichsarbeitsministerium mit den Vertretern der Landesregierungen stattgefunden haben, wurde auch die Frage der besonderen Fürsorge für die Erwerbslosen erörtert, die die dringliche Dauer in der Erwerbslosenfürsorge überschritten und deshalb keinen Anspruch mehr auf Erwerbslosenerleichterung haben. An den vorhergehenden Tagen war die gleiche Frage im Verwaltungsrat der Reichsarbeitsverwaltung und mit den kommunalen Spitzenverbänden in Betrachtung worden. Eine Verlängerung der Fürsorge in der Erwerbslosenfürsorge über 32 Wochen hinaus kann nach Ansicht der Reichsregierung nur mit Zustimmung des Reichstags und nur in Form eines Gesetzes erfolgen. Der Reichstag hat vor seinem Auseinandergehen den Standpunkt der Reichsregierung akzeptiert; nach der Haltung, die er bei den Erörterungen über die Ausgehertenfrage eingenommen

Poincaré in der französischen Kammer.

Paris, 27. Juli. Kammerpräsident Raoul Duret leitete die heutige Sitzung der Kammer mit einer kurzen Ansprache ein, in der er für das Vertrauen dankt, das ihm durch seine Wahl zum Präsidenten der Kammer erwiesen worden sei und in der er die Abgeordneten auffordert, sich alle Gedanken der Zweitradition fallen zu lassen und sich mit ganzer Kraft für das Sanierungswerk einzusetzen. Frankreich werde neue Lebenskraft aus der Vereinigung der Männer schöpfen, die bereit sind, sich mit ihrem Willen und mit ihrem Herzen für das Land einzusetzen. Die Hilfsquellen Frankreichs seien unbegrenzt. Wirklich Dauerhaftes könne jedoch nur durch eine gemeinschaftliche Anstrengung erzielt werden.

Die Eröffnungsworte des Kammerpräsidenten wurden wiederholt von den Kommunisten unterbrochen. Jedoch wurde die Lage noch dramatischer, als Ministerpräsident Poincaré die Rednertribüne bestieg, um die Regierungserklärung zu verlesen. Gleich zu Beginn der Verlesung erhob sich der Kommunist Cachin, um Poincaré zu unterbrechen. Er rief: „Sie sieht man nur in Frieden desillusioniert“. Die Rechte protestiert, worauf die Kommunisten sich erheben und die Internationale antworten. Die Mitglieder der Rechte und der Mitte erheben sich gleichfalls und suchen durch Handklopfen den Gesang zu unterstützen. Der Kammerpräsident unterbricht sie dadurch, daß er fortgesetzt mit der Glocke läutet. Die Kommunisten aber lärmten weiter. Soweit auf der Journalistentribüne Worte zu verstehen waren, hörte man die Rufe: Conspuez, Poincaré, Poincaré, la Ruhr. Kreisbediensteter Raoul Poincaré auf der Rednertribüne und erklärte schließlich, als der Lärm etwas nachgelassen hatte: Ich habe nicht das Recht, die Regierungserklärung abbrechen. Ich werde sie nicht abbrechen!

Poincaré kann einige Sätze in Ruhe vorlesen, er wird dann aber fortgesetzt von Cachin und seinen Anhängern unterbrochen. Der Kommunist Renaud Jean ruft wiederholt: Und die Politik vom 11. Mai? — Wo ist das Kartell der Linken? Er wird nochmals zur Ordnung gerufen. Poincaré kann die Verlesung der Regierungserklärung, die nur an einzelnen Stellen den Beifall der Rechten, der Mittelparteien sowie einiger Radikaler findet, zu Ende führen. Als Poincaré die Rednertribüne verläßt, verankern die Kommunisten wiederum eine lärmende Kundgebung, die ihr Ende findet, als der Kammerpräsident die eingegangenen Interpellationen — es sind deren elf — zur Verlesung bringt.

Poincaré erhebt sich und erklärt, die Regierung fordere die Zurückstellung der Behauptung der Interpellation bis nach der Durchberatung der Finanzgesetze, die er der Kammer unterbreitet habe, und für die er das Verbot der außerordentlichen Dringlichkeit, das die ungeschaltete Geschäftsordnung vorsieht, fordern werde. Die Lage sei äußerst ernst. Jede Stunde der Verzögerung könne sie verschärfen. Jetzt handele es sich nicht mehr um Reden, sondern um Taten.

Die Interpellanten haben nach der Geschäftsordnung das Recht, gegen den Vorschlag der Regierung zu sprechen. Der erste Redner ist der Kommunist Renaud Jean. Er erklärt, er fordere die sofortige Beprechung seiner Interpellation und hoffe, daß er die Unterstützung der Mitglieder des ehemaligen Kartells der Linken finden werde. Die Rückkehr Poincarés, des Mannes von 1914, des Mannes der Ruhr, bedeute eine Herausforderung der Arbeiter, die kommunistisch gewählt haben, und der Wähler, die dreimal hintereinander dem Kartell der Linken ihre Stimme gegeben haben. Raoul Duret als Kammerpräsident, Poincaré als Ministerpräsident und Gerlot als Minister Poincarés, wahrhaftig, es bleibe nichts mehr übrig von der Politik des 11. Mai 1924. Der Führer des Kartells sei zum Feinde übergegangen. Es handele sich nicht um Frankreich, sondern um Verrat. Von all den schönen Reformen, die man im Mai 1924 begonnen wolle, sei nichts realisiert worden, obwohl die Abgeordneten der Linken über 350 von 580 Stimmen verfügten.

hat, legt er Wert darauf, bei einer endgültigen Regelung berücksichtigt zu werden. Die Länder trüben in ihrer großen Mehrheit den Standpunkt der Reichsregierung, daß bis zu dieser endgültigen Regelung die Fürsorge für die Ausgeherten auch weiterhin Sache der allgemeinen Wohlfahrtsvereine ist, der sie nach dem letzten Rechtszustand obliegt, daß aber den Bezirksfürsorgeverbänden unter bestimmten Voraussetzungen finanzielle Beihilfen gewährt werden müssen. Im einzelnen haben die Länder und die anderen Stellen für die vorläufige Regelung, um die es sich jetzt handelt, eine Reihe von Wünschen vorgetragen, zu denen die Reichsregierung noch endgültige Stellung nehmen muß. Im übrigen haben die Behauptungen bestätigt, daß die Frage der ausgeheierten Erwerbslosen heute erst eine beschränkte zahlenmäßige Bedeutung hat. Die Reichsregierung wird aber die bestmögliche Regelung zu treffen, daß sie in Kraft treten kann, sobald im Herbst mit einer größeren Anzahl von Ausgeherten zu rechnen ist.

Allen voran: Radeberger Pilsner! das bevorzugte erste deutsche Pilsner. Vertreter: Rich. Schwade Riesa a. Elbe. Formul 49.